

aus: „Stuttgarter Zeitung“ vom 22.12.2011

CDU überreizt Poker um EnBW-Ausschuss

Aktienkauf: Die frühere Regierungsfraktion will Mappus entlasten und dringt auf ein schnelles Ende der Aufarbeitung. Von Andreas Müller

Im Streit über den Untersuchungsausschuss zum EnBW-Deal von Ex-Ministerpräsident Stefan Mappus (CDU) hat die Landtags-CDU einen Rückzieher gemacht. Die Fraktion verzichtete nun doch auf ihre Forderung, dass das Gremium neben dem Milliardengeschäft vom Dezember 2010 auch die Ablösung von Konzernchef Hans-Peter Villis und die Umstände der geplanten Kapitalerhöhung durchleuchten solle. Einen entsprechenden Antrag zog die CDU zurück, nachdem der Untersuchungsauftrag einvernehmlich um einige Fragen zum Umgang der neuen Regierung mit dem EnBW-Deal ergänzt worden war. Sie vermeidet damit eine rechtliche Auseinandersetzung, die letztlich vom Staatsgerichtshof geklärt werden müsste.

Grüne und SPD hatten den CDU-Antrag an den Ständigen Ausschuss verwiesen, weil sie ihn für unzulässig hielten. Sie stützten sich auf ein Urteil des Staatsgerichtshofs zum Umgang mit den badischen Kulturgütern von 2007, nach dem in einem solchen Sondergremium nur abgeschlossenes Regierungshandeln geprüft werden dürfe; die Neuausrichtung der EnBW sei hingegen eindeutig nicht abgeschlossen.

Der CDU-Fraktionsgeschäftsführer Volker Schebesta wies die rechtlichen Bedenken der Regierungsfractionen zurück. Man sei nach wie vor von der Zulässigkeit des Antrages überzeugt, zumal sich die EnBW-Thematik wesentlich vom Kulturgüterstreit unterscheide. Auf eine rechtliche Klärung verzichte die CDU, nachdem sie ihr Ziel erreicht habe, dass man rasch zu einem Untersuchungsausschuss und zu einem „schnellen Verfahren“ komme. Wichtig sei der Fraktion, dass die Aufarbeitung bis Ende 2012 abgeschlossen werde. Der Ausschuss werde zeigen, „dass an Ihren Vorwürfen nichts dran ist“, sagte Schebesta an die Adresse von Grünen und SPD.

Der Grünen-Geschäftsführer Ulrich Sckerl sprach von einem „Ablenkungsmanöver“ der CDU, das „kläglich in sich zusammengebrochen“ sei. Die einstige Regierungspartei verkenne die Rechtslage, wenn sie ihren Vorstoß als zulässig bezeichne. Zum Tempo der Ausschusses sagt Sckerl: „Wir werden das gründlich machen, nicht schnell, schnell.“ Die Öffentlichkeit habe ein Recht auf Aufklärung.

Der SPD-Geschäftsführer Andreas Stoch kritisierte, dass die CDU das Ergebnis des Ausschusses vorwegnehme. Das vom Staatsgerichtshof festgestellte Fehlverhalten der schwarz-gelben Regierung werde „ergebnisoffen geprüft“. Den Rückzieher der CDU kommentierte Stoch mit den Worten: „Sie wollten ein großes Fass aufmachen und stehen heute mit einem Fingerhütchen da.“ Der FDP-Abgeordnete Andreas Glück betonte das Interesse seiner Fraktion an umfassender Aufklärung.

Stefan Mappus übte gestern gegenüber den „Stuttgarter Nachrichten“ scharfe Kritik an der Landesregierung. Er bestehe auf einem öffentlichen Auftritt vor dem Untersuchungsausschuss, sagte er. Die Regierung zögert aber, ihn von seiner Verschwiegenheitspflicht zu entbinden. Der Ausschuss kam am Nachmittag zur konstituierenden Sitzung zusammen. Er soll Anfang nächsten Jahres die Arbeit aufnehmen.